

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 3610

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrengasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrengasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für
Gesundheit, Sport und
Konsumentenschutz
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Betrifft **GESETZENTWURF**
Zl. 93 GENO PL
Datum: **1. SEP. 1994**
Verteilt 02.09.94 Baumg.

Beilagen

LAD-VD-9591/36

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

21.651/0-II/D/5c/94

Bearbeiter

Mag. Kleiser

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

2108

Datum

24. Aug. 1994

Betrifft

Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte geändert wird, wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Die Bestimmung des § 1 Abs. 8 wird begrüßt, da sie dem bereits vielfach in Kuranstalten und Kureinrichtungen vorhandenen Therapieangebot entspricht.

Die Wortfolge "schädliche Wirkungen auf das Leben oder die Gesundheit von Menschen" scheint zu weit gefaßt und sollte konkret auf die zu erfassenden Personengruppen eingeschränkt werden (z.B. behandelte Personen).

2. Zu § 18 Abs. 1 wird angeregt, zu prüfen,

- ob im Gegensatz zum Krankenanstaltengesetz, BGBl.Nr. 1/1957 i.d.F. BGBl.Nr. 801/1993, eine zwingende Begutachtung durch den Landessanitätsrat schon grundsatzgesetzlich vorgeschrieben werden muß (erfahrungsgemäß sind die meisten Mitglieder des Landessanitätsrates aufgrund ihrer langjährigen klinischen Erfahrung eher in der Lage, zum Themenbereich des Krankenanstaltenwesens als zu jenem des Heilvorkommen- und Kurortwesens Stellung zu nehmen);

- 2 -

- ob die Monopolstellung der bundesstaatlichen Anstalt für experimentell - pharmakologische und balneologische Untersuchungen in Wien bzw. der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien (auch im Hinblick auf Art. 6 StGG und den freien Dienstleistungsverkehr als einem Grundsatz des EWR-Abkommens) nicht durch die Möglichkeit eines gleichwertigen Gutachtens aufgelockert werden sollte.

3. Ansonsten werden die im Entwurf enthaltenen Deregulierungsmaßnahmen (insbesondere die Aufhebung des § 11) begrüßt.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-9591/36

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
— (zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

